Landwirtschaftsverordnung

vom 17. September 2002 (Stand 21. Juni 2011)

Die Regierung des Kantons St.Gallen

erlässt

in Ausführung des Landwirtschaftsgesetzes vom 7. Mai 2002¹

als Verordnung:²

I. Allgemeines (1.)

1. Zuständigkeit (1.1.)

Art. 1 Aufsicht

¹ Das Volkswirtschaftsdepartement übt die Aufsicht über den Vollzug der Landwirtschaftsgesetzgebung³ aus.

*Art. 2 Vollzug
a) Landwirtschaftsamt*

¹ Das Landwirtschaftsamt:

- a) vollzieht die Landwirtschaftsgesetzgebung⁴, soweit die kantonale Gesetzgebung⁵ nichts anderes bestimmt;
- b) sorgt für eine rationelle Abwicklung der gesetzlich vorgeschriebenen Betriebskontrollen und koordiniert die Zusammenarbeit mit anderen Stellen.

1 sGS 610.1.

2 Abgekürzt LaV. nGS 37–92. Im Amtsblatt veröffentlicht am 30. September 2002, ABl 2002, 2027; in Vollzug ab 1. Oktober 2002.

3 BG über das bäuerliche Bodenrecht vom 4. Oktober 1991, SR 211.412.11; BG über die landwirtschaftliche Pacht vom 4. Oktober 1985, SR 221.213.2; SR 91 und sGS 610.1.

4 BG über das bäuerliche Bodenrecht vom 4. Oktober 1991, SR 211.412.11; BG über die landwirtschaftliche Pacht vom 4. Oktober 1985, SR 221.213.2; SR 91 und sGS 610.1.

5 Art. 24LaG, sGS 610.1; V über die landwirtschaftliche Berufsbildung, sGS 611.21; VV zum MelG, sGS 633.11; VTG, sGS 643.12.

610.11

Art. 3* *b) Landwirtschaftliche Kreditgenossenschaft des Kantons St.Gallen*⁶

¹ Die Landwirtschaftliche Kreditgenossenschaft des Kantons St.Gallen vollzieht die Vorschriften über:

- a) Beiträge an:
 1. landwirtschaftliche Gebäude;⁷
 2. die Unterstützung von Projekten zur regionalen Entwicklung sowie zur Förderung von einheimischen und regionalen Produkten;⁸
 3. Bauten gewerblicher Kleinbetriebe im Berggebiet;⁹
- b) Kredite für Strukturverbesserungen;¹⁰
- c) Betriebshilfe.¹¹

Art. 4* *c) Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen*

¹ Das Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen vollzieht die Vorschriften über:

- a) den Schutz von Ursprungsbezeichnungen und geographischen Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse und verarbeitete landwirtschaftliche Erzeugnisse¹², ausgenommen die Mitwirkung im Eintragungsverfahren;
- b) die biologische Landwirtschaft und die Kennzeichnung biologisch produzierter Erzeugnisse und Lebensmittel;¹³
- c) die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln¹⁴, ausgenommen die Anwendung der Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft;
- d) das Inverkehrbringen von Düngern;¹⁵

6 Art. 24 Abs. 2 LaG, sGS 610.1.

7 Art. 93 Abs. 1 Bst. b des BG über die Landwirtschaft vom 29. April 1998, SR 910.1; eidV vom 7. Dezember 1998 über die Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft (Strukturverbesserungsverordnung), SR 913.1.

8 Art. 93 Abs. 1 Bst. c des BG über die Landwirtschaft vom 29. April 1998, SR 910.1; eidV vom 7. Dezember 1998 über die Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft (Strukturverbesserungsverordnung), SR 913.1.

9 Art. 93 Abs. 1 Bst. d des BG über die Landwirtschaft vom 29. April 1998, SR 910.1; eidV vom 7. Dezember 1998 über die Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft (Strukturverbesserungsverordnung), SR 913.1.

10 Art. 87 ff. des BG über die Landwirtschaft vom 29. April 1998, SR 910.1; eidV vom 7. Dezember 1998 über die Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft (Strukturverbesserungsverordnung), SR 913.1.

11 Art. 78 ff. des BG über die Landwirtschaft vom 29. April 1998, SR 910.1; eidV vom 26. November 2003 über die Betriebshilfe als soziale Begleitmassnahme in der Landwirtschaft (Betriebshilfeverordnung), SR 914.11.

12 eidV über den Schutz von Ursprungsbezeichnungen und geographischen Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse und verarbeitete landwirtschaftliche Erzeugnisse (GUB/GGA-Verordnung) vom 28. Mai 1997, SR 910.12.

13 eidV über die biologische Landwirtschaft und die Kennzeichnung biologisch produzierter Erzeugnisse und Lebensmittel (Bio-Verordnung) vom 22. September 1997, SR 910.18.

14 eidV über die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln (Pflanzenschutzmittel-Verordnung) vom 23. Juni 1999, SR 916.161.

15 eidV über das Inverkehrbringen von Düngern (Dünger-Verordnung) vom 10. Januar 2001,

- e) die Deklaration für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus in der Schweiz verbotener Produktion.¹⁶

Art. 4a d) Amt für Umwelt und Energie*

¹ Das Amt für Umwelt und Energie vollzieht die Vorschriften über die Düngung der Weideflächen nach der Verordnung über Sömmerungsbeiträge vom 14. November 2007.¹⁷¹⁸

2. Staatsbeiträge

(1.2.)

Art. 5 Verfügbare Mittel

¹ Beiträge werden fortlaufend im Rahmen der mit dem Voranschlag gewährten Kredite ausgerichtet.

Art. 6 Anrechenbare Kosten

¹ Anrechenbar sind die Kosten, die zur Verwirklichung des beitragsbegünstigten Vorhabens notwendig sind.

² Beiträge Dritter an das Vorhaben werden berücksichtigt.

Art. 7 Gesuch

¹ Wer Staatsbeiträge nachsucht, reicht der zuständigen Stelle ein schriftliches Gesuch mit den erforderlichen Unterlagen ein.

Art. 8 Schlussbericht und Abrechnung

¹ Beitragsempfängerin und Beitragsempfänger legen der zuständigen Stelle innert sechs Monaten nach Abschluss einer unterstützten Massnahme einen Schlussbericht und eine Abrechnung vor.

² Die zuständige Stelle kann:

- a) bei einfachen Vorhaben auf einen Schlussbericht verzichten;
- b) bei komplexen Vorhaben einen Zwischenbericht verlangen.

SR 916.171.

16 eidgV über die Deklaration für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus in der Schweiz verbotener Produktion (Landwirtschaftliche Deklarationsverordnung) vom 3. November 1999, SR 916.51.

17 SR 910.133.

18 Art. 15 der eidg V über Sömmerungsbeiträge vom 14. November 2007, SR 910.133.

610.11

Art. 9* *Rechtshilfe*

¹ Amtliche Stellen geben dem Landwirtschaftsamt und der Landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaft des Kantons St.Gallen über die ihnen bekannten Tatsachen, die für die Festsetzung, Änderung oder Rückerstattung von Beiträgen und Krediten bedeutsam sind, auf Verlangen Auskunft.

3. Landwirtschaftliche Betriebsdaten (1.3.)

Art. 10 *Weitergabe*

¹ Das Landwirtschaftsamt gewährt amtlichen Stellen Zugang zu den Betriebsdaten, soweit dies für den Vollzug der Gesetzgebung über die Landwirtschaft¹⁹, den Tierschutz²⁰, die Raumplanung²¹, den Umweltschutz²², den Gewässerschutz²³, die Tierseuchen²⁴ sowie den Natur- und Heimatschutz²⁵ notwendig ist.

4. Staatliche Betriebe und Produktionsstätten²⁶ (1.4.)

Art. 11 *Vertretung*

¹ Das Landwirtschaftsamt vertritt die staatlichen Betriebe und Produktionsstätten, soweit sie nach der Landwirtschaftsgesetzgebung zusammen als ein Betrieb gelten.²⁷

19 SR 91; BG über das bäuerliche Bodenrecht vom 4. Oktober 1991, SR 211.412.11; BG über die landwirtschaftliche Pacht vom 4. Oktober 1985, SR 221.213.2.

20 SR 455.

21 SR 700.

22 SR 814.01.

23 SR 814.20.

24 SR 916.4.

25 SR 451.

26 Art. 6 der eidV über landwirtschaftliche Begriffe und die Anerkennung von Betriebsformen (Landwirtschaftliche Begriffsverordnung) vom 7. Dezember 1998, SR 910.91.

27 Gegenüber der Administrationsstelle für die Milchkontingentierung nach Art. 2 der eidV über die Kontingentierung der Milchproduktion (Milchkontingentierungsverordnung) vom 7. Dezember 1998, SR 916.350.1.

II. Produktion und Absatz (2.)

1. Allgemeine Beitragsvoraussetzungen (2.1.)

Art. 12 Grundsatz

¹ Ein Förderbeitrag wird ausgerichtet, wenn die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller:

- a) den Wohnsitz oder Sitz im Kanton St.Gallen hat;
- b) eine im Rahmen der persönlichen und finanziellen Verhältnisse angemessene Eigenleistung erbringt.

² Für angelaufene und abgeschlossene Massnahmen wird in der Regel kein Beitrag ausgerichtet. Massgebend ist der Zeitpunkt der Einreichung des Beitragsgesuchs.

Art. 13 Beitragshöhe

¹ Der Förderbeitrag beträgt höchstens 50 Prozent der anrechenbaren Kosten.

2. Innovative Produkte und Dienstleistungen (2.2.)

Art. 14 Beiträge an Versuche und Entwicklungskosten a) Voraussetzungen²⁸

¹ Beiträge an Versuche und Entwicklungskosten werden ausgerichtet, wenn das Projekt:

- a) verglichen mit dem allgemeinen Wissensstand neu und nicht nahe liegend ist;
- b) nach der Startphase voraussichtlich selbsttragend sein wird;
- c) wenigstens zwei Drittel der erwarteten Wertschöpfung im Kanton St.Gallen realisiert;
- d) wenigstens zur Hälfte mit landwirtschaftlichen Rohstoffen aus dem Kanton St.Gallen umgesetzt wird.

² Beiträge Dritter werden angerechnet.

Art. 15 b) Anrechenbare Kosten

¹ Anrechenbar sind höchstens die innerhalb der ersten drei Jahre anfallenden Kosten für Versuche und einzelne Entwicklungsschritte.

² Nicht anrechenbar sind die Kosten der Vermarktung.

²⁸ Art. 2 Abs. 2 Bst. a LaG, sGS 610.1.

610.11

Art. 16 c) Beitragshöhe

¹ Je Projekt kann jährlich höchstens ein Beitrag von 25 000 Franken gewährt werden.

3. Kennzeichnung und Absatzförderung

(2.3.)

Art. 17 Beiträge zur Registrierung²⁹

¹ Mit Beiträgen unterstützt wird die Registrierung von Ursprungsbezeichnungen und geographischen Angaben nach dem Bundesrecht.³⁰

² Anrechenbar sind die Kosten für die Ausarbeitung von Unterlagen, die für die Registrierung notwendig sind.³¹

Art. 18 Beiträge zur Qualitätssicherung³²

¹ Beiträge zur Förderung von Massnahmen im Bereich der Qualitätssicherung werden im Einzelfall für regionale Produktprogramme ausgerichtet.

² Anrechenbar sind die Kosten für:

- a) den Aufbau einer regionalen Qualitätszertifizierung;
- b) die Durchführung von Kontrollen bei bestehenden Zertifizierungen.

Art. 19 Beiträge zur Absatzförderung a) Voraussetzungen³³

¹ Regionale Absatzförderungsmassnahmen werden im Einzelfall unabhängig vom Bund unterstützt, wenn das Projekt:

- a) zwei Drittel der erwarteten Wertschöpfung im Kanton St.Gallen realisiert;
- b) zur Hälfte mit landwirtschaftlichen Rohstoffen aus dem Kanton St.Gallen umgesetzt wird.

29 Art. 3 Abs. 1 Bst. a und Art. 3 Abs. 2 LaG, sGS 610.1.

30 eidgV über den Schutz von Ursprungsbezeichnungen und geographischen Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse und verarbeitete landwirtschaftliche Erzeugnisse vom 28. Mai 1997, SR 910.12.

31 Art. 5 ff. der eidgV über den Schutz von Ursprungsbezeichnungen und geographischen Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse und verarbeitete landwirtschaftliche Erzeugnisse vom 28. Mai 1997, SR 910.12.

32 Art. 3 Abs. 1 Bst. b und Art. 3 Abs. 2 LaG, sGS 610.1.

33 Art. 3 Abs. 1 Bst. c und Art. 3 Abs. 2 LaG, sGS 610.1.

Art. 20 *b) Anrechenbare Kosten*

¹ Anrechenbar sind höchstens die innerhalb der ersten vier Jahre notwendigen Kosten für Marketingmassnahmen, namentlich für:

- a) Marketingkonzepte;
- b) Marktforschung;
- c) Produktgestaltung;
- d) Kommunikation;
- e) Aufbau einer Distribution;
- f) Projektkoordination.

Art. 21 *c) Beitragshöhe*

¹ Je Projekt kann jährlich höchstens ein Beitrag von 25 000 Franken gewährt werden.

4. Viehschauen und regionale Viehmärkte

(2.4.)

Art. 22 *Viehschauen*

*a) Beitragsvoraussetzungen*³⁴

¹ Viehschauen werden mit Beiträgen unterstützt, wenn sie:

- a) einen Vergleich der züchterischen Qualität ermöglichen;
- b) von anerkannten Zuchtorganisationen³⁵ durchgeführt werden;
- c) eine fachlich anerkannte Beurteilung beinhalten.

Art. 23 *b) Leistungsvereinbarung*

¹ Das Landwirtschaftsamt legt Durchführung und Bemessung der Beiträge in einer Leistungsvereinbarung fest.

Art. 24 *c) Politische Gemeinde*³⁶

¹ Die politische Gemeinde des Schauortes sorgt für:

- a) einen geeigneten Viehschauplatz;
- b) ausreichende Vorrichtungen;
- c) Hilfspersonal.

² Mehrere politische Gemeinden können einen gemeinsamen Schauort festlegen. Sie beteiligen sich anteilmässig an den Kosten.

³⁴ Art. 5 Abs. 2 Ziff. 2 LaG, sGS 610.1.

³⁵ Art. 2 ff. der eidgV über die Tierzucht vom 7. Dezember 1998, SR 916.310.

³⁶ Art. 23 Abs. 1 Bst. b LaG, sGS 610.1.

610.11

Art. 25 *Regionale Viehmärkte* a) *Beitragsvoraussetzungen*

¹ Mit Beiträgen werden unterstützt:

- a) Kleinviehmärkte für Zucht- und Nutztiere;
- b) Rindviehauktionen;
- c) Infrastruktureinrichtungen von Viehmärkten.

² Die Märkte nach Abs. 1 dieser Bestimmung sind öffentlich und von wenigstens regionaler Bedeutung.

Art. 26 *b) Beitragshöhe und anrechenbare Kosten*

¹ Die Höhe der Beiträge für Kleinviehmärkte und Rindviehauktionen bemisst sich nach der Grösse und der wirtschaftlichen Bedeutung der Veranstaltung. Der Beitrag beträgt höchstens 25 Prozent der zur Durchführung notwendigen Aufwendungen.

² Der Beitrag an Infrastruktureinrichtungen beträgt höchstens 25 Prozent der anfallenden Kosten.

5. Umweltschonende Pflanzenschutzmassnahmen

(2.5.)

Art. 27 *Beitragsvoraussetzungen*³⁷

¹ Beiträge an umweltschonende Pflanzenschutzmassnahmen werden ausgerichtet, wenn diese:

- a) überbetrieblich zur Anwendung gelangen;
- b) durch die landwirtschaftliche Beratungsstelle begleitet werden;
- c) gegenüber den herkömmlichen Massnahmen zu erheblichen Mehrkosten oder Mindererträgen führen.

² Pflanzenschutzmassnahmen sind umweltschonend, wenn sie zu einer geringeren Beeinträchtigung der natürlichen Kreisläufe als die herkömmlichen Massnahmen führen.

Art. 28 *Anrechenbare Kosten*

¹ Anrechenbar sind die gegenüber den herkömmlichen Pflanzenschutzmassnahmen anfallenden Mehrkosten und Mindererträge.

³⁷ Art. 7 Abs. 1 LaG, sGS 610.1.

Art. 29 *Beitragshöhe in besonderen Fällen*

¹ Beiträge in Höhe von mehr als 50 Prozent der anrechenbaren Kosten können ausgerichtet werden, wenn der Einsatz einer umweltschonenden Massnahme:

- a) ökologisch besonders wertvoll ist;
- b) einen besonderen Erfolg verspricht.

III. Weinbau

(3.)

1. Allgemeines

(3.1.)

Art. 30* *Systematische Weinlesekontrolle*³⁸

¹ Das Landwirtschaftsamt:

- a) erlässt die zur Durchführung der systematischen Weinlesekontrolle notwendigen Weisungen;
- b) ernennt Kontrolleurinnen und Kontrolleure;
- c) veröffentlicht die Daten der Weinlesekontrolle.

Art. 31* *Bewilligung und Meldung von Rebplantzungen*
a) *Neuanpflanzung*³⁹

¹ Das Gesuch um Bewilligung einer Neuanpflanzung für die Weinerzeugung enthält:

- a) die Angaben nach Art. 2 Abs. 2 der eidgenössischen Weinverordnung vom 14. November 2007;⁴⁰
- b) eine Planskizze samt Parzellen-Nummer und Rebfläche.

² Vor Erteilung der Bewilligung wird das Amt für Natur, Jagd und Fischerei angehört.⁴¹

³ Neuanpflanzungen, die nicht der Weinerzeugung dienen, sind meldepflichtig.⁴²

Art. 31a* b) *Erneuerung von Rebflächen*⁴³

¹ Die Meldung einer Erneuerung erfolgt bis 30. Juni des Pflanzjahres.

38 Art. 28 ff. der eidg Weinverordnung vom 14. November 2007, SR 916.140.

39 Art. 60 des BG über die Landwirtschaft vom 29. April 1998, SR 910.1, und Art. 2 der eidg Weinverordnung vom 14. November 2007, SR 916.140.

40 SR 916.140.

41 Art. 2 Abs. 5 der eidg Weinverordnung vom 14. November 2007, SR 916.140.

42 Art. 2 Abs. 3 der eidg Weinverordnung vom 14. November 2007, SR 916.140.

43 Art. 60 des BG über die Landwirtschaft vom 29. April 1998, SR 910.1, und Art. 3 der eidg Weinverordnung vom 14. November 2007, SR 916.140.

610.11

² Sie enthält folgende Angaben:

- a) die Weinbaugemeinde;
- b) die Parzellen-Nummer;
- c) die Rebfläche;
- d) die Rebsorte;
- e) das Pflanzjahr.

³ Die Erneuerung nach Art. 3 Abs. 3 der eidgenössischen Weinverordnung vom 14. November 2007⁴⁴ ist nicht meldepflichtig.

Art. 31b Rebbaukataster*⁴⁵

¹ Die Neuanpflanzung von Rebflächen nach Art. 2 Abs. 4 der eidgenössischen Weinverordnung vom 14. November 2007⁴⁶ wird im Rebbaukataster nicht erfasst.

Art. 32 ...*

Art. 33 ...*

2. Kontrollierte Ursprungsbezeichnung

(3.2.)

Art. 34 Grundsatz*

¹ Wein trägt die Bezeichnung «Kontrollierte Ursprungsbezeichnung St.Gallen» oder «AOC St.Gallen», wenn die Voraussetzungen für AOC-Wein erfüllt sind.

Art. 35 Voraussetzungen für AOC-Wein*
*a) Abgrenzung des geografischen Gebiets*⁴⁷

¹ AOC-Wein besteht zu wenigstens 90 Prozent aus Trauben, die aus dem Kanton St.Gallen stammen.⁴⁸

Art. 36 b) zugelassene Rebsorten*⁴⁹

¹ AOC-Wein besteht aus den vom Landwirtschaftsamt bezeichneten zugelassenen Rebsorten.

44 SR 916.140.

45 Art. 4 der eidg Weinverordnung vom 14. November 2007, SR 916.140.

46 SR 916.140.

47 Art. 21 Abs. 2 Bst. a der eidg Weinverordnung vom 14. November 2007, SR 916.140.

48 Art. 13 Abs. 2 und Abs. 3 Bst. a der Verordnung des EDI über alkoholische Getränke vom 23. November 2005, SR 817.022.110.

49 Art. 21 Abs. 2 Bst. b der eidg Weinverordnung vom 14. November 2007, SR 916.140.

Art. 37* c) *zugelassene Anbaumethoden*⁵⁰

¹ AOC-Wein wird nach folgenden Anbaumethoden hergestellt:

- a) Stichelbau;
- b) Drahtbau im Direktzug;
- c) Drahtbau in Querterrassenanlagen.

Art. 38* d) *natürlicher Mindestzuckergehalt und Höchsterttrag*⁵¹.

¹ AOC-Wein weist den natürlichen Mindestzuckergehalt je Rebsorte sowie den Höchsterttrag je Flächeneinheit und Rebsorte nach Anhang A dieses Erlasses auf.

Art. 39* e) *zulässiges Verfahren der Weinherstellung*⁵²

¹ AOC-Wein wird in einem zulässigen önologischen Verfahren nach Anhang 1 der Verordnung des EDI über alkoholische Getränke vom 23. November 2005⁵³ hergestellt.

Art. 40* f) *analytische und organoleptische Prüfung des verkaufsfertigen Weins I. Grundsatz*⁵⁴

¹ AOC-Wein unterliegt der analytischen und organoleptischen Prüfung.

² Die analytische Prüfung umfasst insbesondere:

- a) Alkoholgehalt;
- b) gesamte schweflige Säure.

³ Die organoleptische Prüfung umfasst:

1. Aussehen;
2. Geruch;
3. Geschmack;
4. Gesamteindruck.

Art. 41* 2. *Weisungen*

¹ Der Kantonschemiker⁵⁵ erlässt die für die analytische und organoleptische Prüfung des verkaufsfertigen Weins notwendigen Weisungen.

50 Art. 21 Abs. 2 Bst. c der eidg Weinverordnung vom 14. November 2007, SR 916.140.

51 Art. 21 Abs. 2 Bst. d und e der eidg Weinverordnung vom 14. November 2007, SR 916.140.

52 Art. 21 Abs. 2 Bst. f der eidg Weinverordnung vom 14. November 2007, SR 916.140.

53 SR 817.022.110.

54 Art. 21 Abs. 2 Bst. g der eidg Weinverordnung vom 14. November 2007, SR 916.140.

55 Art. 47 Abs. 2 der eidg Weinverordnung vom 14. November 2007, SR 916.140, und Art. 4 Bst. a LaV, sGS 610.11.

610.11

Art. 41a* *Geografische Bezeichnung*

¹ AOC-Wein kann neben der Bezeichnung «Kontrollierte Ursprungsbezeichnung St.Gallen» oder «AOC St.Gallen» folgende geografischen Bezeichnungen tragen:

- a) des Produktionsgebiets, wenn der nach Art. 35 dieses Erlasses vorgeschriebene Traubenanteil zu 100 Prozent aus dem Produktionsgebiet stammt;
- b) der politischen Gemeinde, wenn der nach Art. 35 dieses Erlasses vorgeschriebene Traubenanteil zu wenigstens 60 Prozent aus der politischen Gemeinde und der Rest vollständig aus dem Produktionsgebiet stammt;
- c) des mit einem eigenen Namen bezeichneten Ortsteils einer politischen Gemeinde, wenn der Ortsteil wenigstens zwei Drittel der Rebfläche der politischen Gemeinde umfasst und der nach Art. 35 dieses Erlasses vorgeschriebene Traubenanteil zu wenigstens 60 Prozent aus dem Ortsteil und der Rest vollständig aus dem Produktionsgebiet stammt;
- d) der Lage, wenn der nach Art. 35 dieses Erlasses vorgeschriebene Traubenanteil zu 100 Prozent aus der Lage stammt.

² Produktionsgebiete tragen die Bezeichnung:

1. «St.Galler Rheintal» mit den politischen Gemeinden Mörschwil, Goldach, Steinach, Berg, Tübach, Untereggen, Eggersriet, Rorschacherberg, Rorschach, Thal, Rheineck, St.Margrethen, Au, Berneck, Balgach, Diepoldsau, Widnau, Rebstein, Marbach, Altstätten, Eichberg, Oberriet, Rüthi, Sennwald, Gams, Grabs, Buchs und Sevelen;
2. «Sarganserland» mit den politischen Gemeinden Wartau, Sargans, Vilters-Wangs, Bad Ragaz, Pfäfers, Mels, Flums, Walenstadt, Quarten, Weesen und Amden. Anstelle von «Sarganserland» darf die Bezeichnung «Sarganserland-Walensee» oder «Walensee» für AOC-Wein aus einer an den Walensee angrenzenden politischen Gemeinde verwendet werden;
3. «Zürichsee» mit den politischen Gemeinden Schänis, Benken, Kaltbrunn, Rieden, Gommiswald, Ernetschwil, Uznach, Schmerikon, Rapperswil-Jona, Eschenbach, Goldingen und St.Gallenkappel. Die Bezeichnung darf nur in Verbindung mit der Bezeichnung der politischen Gemeinde verwendet werden;
4. «Fürstenland» mit den politischen Gemeinden Wil, Bronschhofen, Zuzwil, Oberbüren, Niederbüren, Niederhelfenschwil, Gossau, Andwil, Waldkirch, Gaiserwald, St.Gallen, Wittenbach, Häggenschwil und Muolen.

Art. 41b* *Weinspezifische Begriffe*

¹ Die Verwendung weinspezifischer Begriffe richtet sich nach Art. 19 Abs. 1 und Anhang 1 der eidgenössischen Weinverordnung vom 14. November 2007⁵⁶ sowie Anhang B zu diesem Erlass.

56 SR 916.140.

Art. 42* ...

Art. 42a* *AOC-Degustationskommission*
a) *Bestand*

¹ Der AOC-Degustationskommission gehören an:

- a) die Leiterin oder der Leiter der Fachstelle für Weinbau als Vorsitzende oder Vorsitzender;
- b) vier weitere Mitglieder, die vom Kantonschemiker⁵⁷ auf eine Amtsdauer von vier Jahren ernannt werden.

Art. 42b* *b) Aufgaben*

¹ Die AOC-Degustationskommission führt die Prüfung nach Art. 40 Abs. 3 dieses Erlasses durch.

² Sie erstattet dem Kantonschemiker⁵⁸ Bericht über das Prüfungsergebnis.

Art. 42c* *c) Beschlussfassung*

¹ Die AOC-Degustationskommission ist beschlussfähig, wenn wenigstens drei Mitglieder anwesend sind.

² Sie beschliesst mit einfachem Mehr der Stimmenden. Die oder der Vorsitzende gibt den Stichentscheid bei Stimmgleichheit.

IV. Strukturverbesserungen und soziale Begleitmassnahmen (4.)

1. Landwirtschaftliche Kreditgenossenschaft des Kantons St.Gallen* (4.1.)

Art. 43* *Aufsicht*⁵⁹

¹ Die Landwirtschaftliche Kreditgenossenschaft des Kantons St.Gallen unterliegt im Bereich der übertragenen hoheitlichen Aufgaben der Aufsicht des Staates.

² Statuten der Landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaft des Kantons St.Gallen und Wahl der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers bedürfen der Genehmigung der Regierung.

57 Art. 47 Abs. 2 der eidg Weinverordnung vom 14. November 2007, SR 916.140, und Art. 4 Bst. a LaV, sGS 610.11.

58 Art. 47 Abs. 2 der eidg Weinverordnung vom 14. November 2007, SR 916.140, und Art. 4 Bst. a LaV, sGS 610.11.

59 Art. 31 Bst. c LaG, sGS 610.1.

610.11

Art. 44* *Haftung und Verantwortlichkeit*⁶⁰

¹ Die Haftung der Landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaft des Kantons St.Gallen und die Verantwortlichkeit ihrer Organe und Angestellten richten sich im Bereich der übertragenen hoheitlichen Aufgaben nach dem Verantwortlichkeitsgesetz vom 7. Dezember 1959.⁶¹

2. Ausserordentliche Strukturverbesserungsbeiträge

(4.2.)

Art. 45 *Überbrückungsmassnahmen*⁶²

¹ Besteht keine Nachfolgeregelung, können ausserordentliche Beiträge an Strukturverbesserungen im Tier- und Gewässerschutz⁶³ gewährt werden, wenn:

- a) eine Massnahme zur Erfüllung des ökologischen Leistungsnachweises notwendig ist;
- b) die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter wenigstens 45 und höchstens 60 Jahre alt ist;
- c) die Existenz nur durch die Weiterführung der landwirtschaftlichen Tätigkeit gesichert werden kann;
- d) die Voraussetzungen für ordentliche einzelbetriebliche Strukturverbesserungsmassnahmen nach dem Bundesrecht⁶⁴ mit Ausnahme der längerfristigen Existenzsicherung⁶⁵ erfüllt sind.

V. Landwirtschaftliche Pacht

(5.)

Art. 46 *Sömmerungsweiden* a) *Pachtzinszuschlag*⁶⁶

¹ Zum Pachtzins für Sömmerungsweiden nach Art. 11 der eidgenössischen Pachtzinsverordnung vom 11. Februar 1987⁶⁷ kann ein Zuschlag vereinbart werden, wenn die Alpeigentümerin oder der Alpeigentümer:

- a) die Kosten der Infrastruktur trägt;
- b) die notwendigen Alpverbesserungen vornimmt.

60 Art. 31 Bst. c LaG, sGS 610.1.

61 sGS 161.1.

62 Art. 13LaG, sGS 610.1.

63 SR 455 und SR 814.2.

64 Art. 89 des BG über die Landwirtschaft vom 29. April 1998, SR 910.1; eidg Strukturverbesserungsverordnung vom 7. Dezember 1998, SR 913.1.

65 Art. 89 Abs. 1 Bst. a des BG über die Landwirtschaft vom 29. April 1998, SR 910.1.

66 Art. 22LaG, sGS 610.1.

67 SR 221.213.221.

Art. 47 b) *Zuschlagshöhe*

¹ Der Pachtzinszuschlag beträgt höchstens:

- a) 30 Franken je Normalstoss für Schafe;
- b) 75 Franken je Grossvieheinheit für Milchkühe;
- c) 65 Franken je Normalstoss für die übrigen Tiere.

² Er beträgt höchstens die Hälfte der Ansätze nach Abs. 1 dieser Bestimmung, wenn der Pachtgegenstand nur den Boden oder nur die Gebäude umfasst.

VI. Entschädigung für staatliche Dienstleistungen im privaten Interesse⁶⁸

(6.)

Art. 48 *Bemessung*⁶⁹

¹ Die Höhe der Entschädigung für Beratung und andere staatliche Dienstleistungen, die im privaten Interesse liegen, richtet sich nach dem Sach- und Zeitaufwand.

² Der Ansatz für die Entschädigung des Zeitaufwandes entspricht dem durchschnittlichen Besoldungsaufwand zuzüglich einem Gemeinkostenzuschlag von einem Drittel.

Art. 49 *Ausnahmen von der Entschädigungspflicht*⁷⁰

¹ Auf eine Entschädigung kann ganz oder teilweise verzichtet werden, wenn besondere Umstände es rechtfertigen.

² Besondere Umstände liegen namentlich vor:

- a) wenn sich die Leistungsempfängerin oder der Leistungsempfänger in einer Notlage befindet;
- b) wenn die Bezahlung der Entschädigung für die Leistungsempfängerin oder den Leistungsempfänger eine grosse Härte bedeuten würde.

68 Art. 28 LaG, sGS 610.1.

69 Art. 31 Bst. d LaG, sGS 610.1.

70 Art. 31 Bst. d LaG, sGS 610.1.

VII. Schlussbestimmungen

(7.)

Art. 50 ⁷¹

Art. 51 ⁷²

Art. 52 ⁷³

Art. 53 *Aufhebung bisherigen Rechts*

¹ Aufgehoben werden:

- a) die Verordnung zur Bundesgesetzgebung über wirtschaftliche Massnahmen zugunsten der Landwirtschaft vom 19. April 1983;⁷⁴
- b) die Vollzugsverordnung zu den Vorschriften über Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft vom 15. Januar 1963;⁷⁵
- c) die Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht vom 1. März 1994;⁷⁶
- d) die Vollzugsverordnung zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht vom 1. Juli 1986;⁷⁷
- e) die Weinbauverordnung vom 15. Dezember 1958;⁷⁸
- f) der Beschluss über das Rebsortenverzeichnis vom 9. Juli 1992.⁷⁹

Art. 54 *Vollzugsbeginn*

¹ Diese Verordnung wird ab 1. Oktober 2002 angewendet.

71 Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

72 Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

73 Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

74 sGS 611.73.

75 sGS 611.78.

76 sGS 613.11.

77 sGS 613.21.

78 sGS 631.31.

79 sGS 631.311.

* Änderungstabelle - Nach Bestimmung

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Erlass	Grunderlass	37–92	17.09.2002	01.10.2002
Art. 3	geändert	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 4	geändert	46–90	21.06.2011	keine Angabe
Art. 4a	eingefügt	44–84	16.06.2009	keine Angabe
Art. 9	geändert	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 30	geändert	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 31	geändert	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 31a	eingefügt	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 31b	eingefügt	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 32	aufgehoben	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 33	aufgehoben	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 34	geändert	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 35	geändert	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 36	geändert	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 37	geändert	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 38	geändert	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 39	geändert	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 40	geändert	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 41	geändert	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 41a	eingefügt	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 41b	eingefügt	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 42	aufgehoben	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 42a	eingefügt	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 42b	eingefügt	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 42c	eingefügt	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Gliederungstitel 4.1.	geändert	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 43	geändert	45–94	17.08.2010	keine Angabe
Art. 44	geändert	45–94	17.08.2010	keine Angabe

* Änderungstabelle - Nach Erlassdatum

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
17.09.2002	01.10.2002	Erlass	Grunderlass	37–92
16.06.2009	keine Angabe	Art. 4a	eingefügt	44–84
17.08.2010	keine Angabe	Art. 3	geändert	45–94

610.11

Erlasdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
17.08.2010	keine Angabe	Art. 9	geändert	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 30	geändert	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 31	geändert	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 31a	eingefügt	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 31b	eingefügt	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 32	aufgehoben	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 33	aufgehoben	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 34	geändert	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 35	geändert	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 36	geändert	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 37	geändert	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 38	geändert	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 39	geändert	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 40	geändert	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 41	geändert	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 41a	eingefügt	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 41b	eingefügt	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 42	aufgehoben	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 42a	eingefügt	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 42b	eingefügt	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 42c	eingefügt	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Gliederungstitel 4.1.	geändert	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 43	geändert	45–94
17.08.2010	keine Angabe	Art. 44	geändert	45–94
21.06.2011	keine Angabe	Art. 4	geändert	46–90